

18.7.1919

161

Die Zuderlieferungen nach Deutsch- österreich.

Mitteilungen des Fachreferenten im
tschechischen Handelsministerium.

Prag, 17. Mai. (Privattelegramm.)
Zu der Frage der Zuderversorgung Deutschösterreichs
erhielt Ihr Prager Korrespondent im Hinblick auf
die Interpellationsbeantwortung des Dr. Loewen-
feld-Ruß vom Fachreferenten im Handels-
ministerium Dr. Gustav Heidler im Auftrage des
Handelsministers Dr. Strausky folgende Mit-
teilungen:

Wenn Deutschösterreich über eine mangelhafte
Zuderversorgung durch die tschechische Regierung
klagt, so liegt die Ursache in den finanziellen
Schwierigkeiten, in denen sich Deutschösterreich be-
findet, namentlich aber in den deutschösterreichischen
finanziellen Sperrmaßnahmen, die uns zur
Retorsion zwingen. Die tschechische Regierung hat
kein Interesse daran, den Zuder zurückzuhalten, im
Gegenteil, sie hat am Export nach Deutsch-
österreich das lebhafteste Interesse. Die
erste vertragsmäßige Lieferung, die sich auf die
Monate November, Dezember und Jänner bezog,
verzögerte sich allerdings durch den Waggonmangel,
unter dem die Tschecho-Slowakei damals empfindlich
zu leiden hatte. Die für diese drei Monate vereinbarte
Menge wurde aber bis auf einen ganz unbedeutenden
Bruchteil abgeliefert. Ende Jänner wurde die zweite
Vereinbarung mit Deutschösterreich abgeschlossen. Der
Preis wurde mit K. 3.20 für Konsumzuder und K. 5.40
für Industriezuder festgesetzt. In diese Lieferung, die
sich ebenfalls infolge des Waggonmangels verzögerte,
fiel die Notenabstempelung, während welcher
jeder Verkehr unterbunden war. Von da ab hätte der
Zuder in tschecho-slowakischer Währung
bezahlt werden sollen. Nach der Notenabstempelung
kam die deutschösterreichische Regierung mit ihren
Sperrmaßnahmen, die uns zu Gegenmaßnahmen
zwangen. Ich bemerke, daß die tschechische Regierung,
um den Zahlungsverkehr zu erleichtern, die Ver-
fügung getroffen hatte, daß jene Guthaben, die in
den Prager Banken seitens deutschösterreichischer
Firmen für die Bezahlung von Zuder
erlegt worden waren, sperrfrei gemacht wurden.
Die letzte Vereinbarung über die Versorgung
Deutschösterreichs kam Ende April zustande. Wir
müssen aber verlangen, daß die deutschösterreichischen
Sperrmaßnahmen, die jeden Verkehr hemmen, auf-
gehoben werden, dann werden die korre-
spondierenden tschechischen Verfügungen selbst-
verständlich beseitigt werden. Es handelt sich hier
hauptsächlich um eine deutschösterreichische Anordnung,
derzufolge Guthaben tschechischer Staatsbanken in

Deutschösterreich nur in ungestempelten
Noten gezahlt werden dürfen, und um die Frei-
gabe der in Deutschösterreich gesicherten Depots. Die
Aufhebung dieser den Verkehr belastenden Maß-
nahmen hätte selbstverständlich nicht nur in Deutsch-
österreich, sondern auch im tschecho-slowakischen
Staate zu erfolgen.

Die Verhandlungen werden weitergeführt, und
inzwischen wird auch tatsächlich weiter
Zuder geliefert. Deutschösterreich ist allerdings
mit keinen Zufuhren im Rückstande, es war im
April 40 Millionen Kronen für Zuder und
25 Millionen für Kohle schuldig. Das tschechische
Finanzministerium hat in Kenntnis dieser Schwierig-
keiten auch ein Darlehen der deutschösterreichischen
Zuckerstelle bei Prager Banken und eine besondere
Kreditoperation der deutschösterreichischen
Firmen mit jenen tschechischen Raffinerien genehmigt,
die die Verkaufsstelle in Wien haben, unter der
Voraussetzung, daß die Sperrmaßnahmen auf-
gehoben werden. Wir müssen zum Teile die Liefe-
rungen auch deshalb beschränken, weil die mähri-
schen Raffinerien infolge Kohlenmangels überhaupt
nicht arbeiten. Es kann daher bloß aus Böhmen
Weißzucker geliefert werden.

Auf tschechischer Seite besteht, wie ich nochmals
betone, der Wunsch und das Interesse, Deutsch-
österreich mit Zuder zu versorgen, und der Verlauf
der gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen läßt
erwarten, daß die Sperre aufgehoben wird, der
Zuckercredit Deutschösterreichs Geltung erlangt
und einer ordentlichen Belieferung
Deutschösterreichs dann nichts mehr im
Wege steht.